

„Unser Bild von der Universität ist überholt“ Hochschule und berufliche Bildung müssen stärker verbunden werden

Deutschland hat immer mehr Studierende. Diese eigentlich gute Nachricht ruft Kritiker auf den Plan: Der Hochschulzugang solle begrenzt, wieder mehr Jugendliche dazu bewegt werden, eine Lehre zu beginnen. Heike Solga sagt: „Solche Vorschläge leisten der Bildungsungerechtigkeit Vorschub.“ Harald Wilkoszewski sprach mit der Soziologin darüber, wie die Bildungsaspirationen junger Menschen mit den Anforderungen des Arbeitsmarkts in Einklang gebracht werden können. Sie erklärt, wie sich unser Bild von der Hochschule wandeln muss und wo ungehobene Potenziale liegen.

Dieses Jahr gibt es so viele Studierende wie nie in Deutschland. Was führt zu den immer neuen Rekorden?

Vier Trends haben die Studierendenzahlen in den vergangenen Jahrzehnten stark ansteigen lassen. Zunächst hat sich die Herkunftsverteilung geändert: In jeder Generation gibt es mehr Eltern mit Hochschulabschluss. Die Wahrscheinlichkeit, dass deren Kinder dann ebenfalls studieren, ist hoch. Außerdem haben immer mehr Schulabgänger*innen eines Jahrgangs das Abitur und damit die Hochschulzugangsberechtigung. Als dritten Trend gab es einen nachhaltigen Ausbau der Hochschulen, besonders der Fachhochschulen, an denen die Zahl der Student*innen zudem überproportional wächst. Und schließlich waren Ausbildungsplätze lange Zeit knapp. Junge Menschen mit Abitur haben sich deshalb stärker den Hochschulen zugewandt, um ihre Karrierechancen zu erhöhen.

Ist Deutschland dadurch bildungsgerechter geworden?

Das kann man so nicht sagen. Studien wie der gerade erschienene Datenreport 2018 zeigen uns immer und immer wieder, dass die soziale Herkunft weiterhin eine starke Rolle spielt, ob ein junger Mensch, selbst mit Abitur, auf die Universität geht oder nicht. In Deutschland besteht deshalb beim Thema Bildungsgerechtigkeit auch in Zukunft viel Handlungsbedarf.

Inwieweit hat der starke Anstieg der Studierendenzahlen Probleme mit sich gebracht?

Die Gruppe der Studierenden ist deutlich heterogener geworden. Das betrifft die Interessenlagen, also die Frage, warum überhaupt ein Studium aufgenommen wird: Manche möchten sich etwa ganz konkret für den Arbeitsmarkt qualifizieren, andere studieren, weil sie vorhaben, später wissenschaftlich zu arbeiten. Es geht aber auch um ganz praktische Punkte. Immer mehr Studierende sind gleichzeitig erwerbstätig, da sie sich sonst mangels familiärer Ressourcen das Studium nicht leisten könnten. Das hat Auswirkungen auf das Studium selbst. Die Studiengestaltung an den Hochschulen ist oft auf die Forschung oder ein Vollzeitstudium ausgelegt. Es gibt zu wenig berufs begleitende oder an berufliche Erfahrungen anknüpfende Studiengänge. Außerdem stoßen wir bei der Angebotsseite an Grenzen

– es fehlen beispielsweise Professuren, besonders in den neuen Studienfächern, etwa im Gesundheits- und Pflegebereich.

Wenn immer mehr junge Menschen studieren, was passiert dann mit der beruflichen Ausbildung?

Ich war vor zwei Jahren in Taiwan. Dort liegt der Anteil Studierender in einem Geburtsjahrgang mittlerweile bei über 70 Prozent, Tendenz steigend. Die Eltern wollen um jeden Preis, dass ihre Kinder studieren, denn sie haben sehr viel in ihre Bildung investiert. Früher gab es dort so etwas wie eine berufliche Ausbildung, mittlerweile ist sie praktisch nicht mehr existent. Gleichzeitig ist die Jugendarbeitslosigkeit sechsmal so hoch wie in der Gesamtbevölkerung, während allorts Arbeitskräfte für den Servicebereich oder das Handwerk fehlen. Eine eigentlich paradoxe Situation. Mit der Unterstützung ihrer Eltern ziehen es junge Taiwaner*innen allerdings vor, arbeitslos zu sein, bevor sie einen Job annehmen, der unterhalb ihres Bildungsniveaus ist.

Könnte eine solche Situation auch in Deutschland drohen?

Theoretisch ja, aber der Vergleich mit Taiwan hinkt. Dort gab es nie ein so breit aufgestelltes Berufsausbildungssystem wie in Deutschland. Hierzulande ist die Berufsbildung immer noch eine attraktive Alternative für alle, die nicht auf die Hochschule kommen. Trotzdem lesen wir täglich, dass Ausbildungsstellen nicht besetzt werden können, Auszubildende manchmal händeringend gesucht werden. Das eigentliche Problem ist aber, dass wir seit Jahrzehnten nicht das volle Potenzial der jungen Generation nutzen. Es gibt einen nahezu zementierten Anteil von circa 15 Prozent der jungen Bevölkerung, die nicht in das berufliche Bildungssystem gelangen, und zwar unabhängig davon, wie viele Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen. Das ist jeder sechste Jugendliche, der uns auf der Straße begegnet. Darunter befinden sich viele mit maximal einem Hauptschulabschluss, die gerne eine Ausbildung beginnen würden. Dieses Potenzial gilt es zu heben – anstatt zu überlegen, wie die berufliche Ausbildung für junge Menschen, die eigentlich studieren wollen, wieder attraktiver werden könnte.

Letzteres wäre ein Vorschlag jener, die Deutschland einen „Akademisierungswahn“ bescheinigen.

Das ist eine Debatte, die von einer relativ kleinen Gruppe geführt wird, nämlich innerhalb der Universitäten selbst. Ich kann keine gesellschaftlich verbreitete Haltung erkennen, die besagt, dass man den Hochschulzugang stärker begrenzen sollte. Zudem gilt für die allermeisten Hochschulabsolvent*innen, dass sie nach wie vor deutlich bessere Chancen am Arbeitsmarkt haben. Dieser Erfolg widerspricht der These vom „Wahn“ deutlich; sie suggeriert ja, dass Hochschulen am Arbeitsmarkt vorbei ausbilden. Wir brauchen außerdem die Öffnung der Universitäten und Fachhochschulen hin zu berufsbegleitenden und weiterbildenden Studiengängen, für die in der Wirtschaft und Gesellschaft durchaus Bedarf besteht. Der bereits genannte Gesundheitsbereich oder die Diskussion um die Digitalisierung von Schulen und damit die Weiterbildung von Lehrer*innen sind gute Beispiele dafür. Das Problem ist eher, dass wir immer noch mit dem alten Konzept einer Hochschule arbeiten, zu der früher nur 10 Prozent der Bevölkerung Zugang hatten. Wir müssen da umdenken. In den Niederlanden dauert der Master beispielsweise nur ein Jahr und ist für jene Studierenden gedacht, die nicht unbedingt in Wissenschaft und Forschung arbeiten wollen. Daneben gibt es forschungsorientierte Master, die zwei Jahre dauern und sehr viel begrenzter im Zugang sind, sich aber an den einjährigen Master anschließen können. Jetzt könnte man sagen, dass diese Idee in Deutschland durch die Unterscheidung in Universitäten und Fachhochschulen bereits umgesetzt ist. Früher war das so, mittlerweile dauert der Master an Fachhochschulen durch die Studienreform auch zwei Jahre. Außerdem gibt es viele Fächer, die an Fachhochschulen nicht studiert werden können.



Heike Solga ist Direktorin der Abteilung Ausbildung und Arbeitsmarkt am WZB und Professorin für Soziologie mit dem Schwerpunkt Arbeit, Arbeitsmarkt und Beschäftigung an der Freien Universität Berlin.
(Foto: David Ausserhofer)

heike.solga@wzb.eu

Die Aufwertung der beruflichen Bildung ist also keine gute Idee?

Die Kritiker*innen einer weitergehenden Akademisierung wollen die Aufwertung ja nur, um den Zugang zur Universität wieder deutlicher begrenzen zu können. Aber nach welchen Kriterien sollte das denn passieren? Nimmt man wieder stärker das Leistungskriterium, dann erhöht sich die Bildungsungerechtigkeit: Akademikerkinder haben im Durchschnitt einfach etwas bessere Noten als Nichtakademikerkinder. Es besteht auch die Gefahr, dass die sogenannte „Schattenbildung“ zunimmt: Mehr Eltern könnten ihre Kinder in zusätzlichen Privatunterricht schicken, damit sie bessere Schulnoten erzielen. Das größere Problem dürfte sein, dass die Hochschule wieder stärker als elitäre Veranstaltung wahrgenommen wird und Kinder aus Familien ohne Hochschulabschluss abschreckt. Nach dem Motto: „Da gehören wir nicht hin, das schaffen wir nicht.“ Wir wissen, dass sich die Erwartungen, ob man ein Studium erfolgreich abschließen kann, ebenfalls sehr stark nach Herkunft unterscheiden. Das hängt damit zusammen, dass Eltern ohne akademische Ausbildung einfach nicht die nötigen Einblicke in die Hochschulen gewinnen konnten, um ihre Kinder beim Studium zu unterstützen und ihnen erfahrungsbasiert zu erklären, dass dort auch nur mit Wasser gekocht wird. Und schließlich: Ohne intrinsische Motivation können Bildungsprozesse nicht gut funktionieren. Ich halte deshalb nichts davon, junge Leute, die studieren wollen und prinzipiell dazu fähig sind, davon abzuhalten, indem man ihnen sagt: „Mach doch lieber eine Ausbildung.“

Bundesbildungsministerin Anja Karliczek möchte einen „Berufsbachelor“ einführen. Ist das der richtige Weg?

Frau Karliczek hat zweierlei vorgeschlagen: Sie möchte einerseits eine Mindestuntergrenze für die Ausbildungsvergütung einführen, so etwas wie einen „Mindestlohn“, um die Attraktivität der beruflichen Ausbildung zu erhöhen. Zum Teil sind die Vergütungen wirklich sehr niedrig, dafür dass die Auszubildenden bereits richtig in den Firmen mitarbeiten. Ich finde, dass das ein guter Vorschlag ist – allerdings ist über eine angemessene Höhe noch zu reden. Der zweite Vorschlag von Frau Karliczek dagegen überzeugt mich nicht. Sie möchte die bisherigen Bezeichnungen im Ausbildungsbereich – wie „Facharbeiter*in“ und „Fachangestellte*r“ – in „Berufsspezialist*in“, „Berufsbachelor“ und „Berufsmaster“ umwandeln. Was soll dieser Etikettenwechsel bewirken? Wird mit dieser Umbenennung von Ausbildungsabschlüssen wirklich eine Gleichwertigkeit zur akademischen Ausbildung hergestellt? An den Unterschieden in den Löhnen würde sich dadurch ja erst einmal nichts ändern. Berufliche und akademische Ausbildungen sind selbstverständlich gleich wichtig für die Gesellschaft – niemand will im Müll versinken, alle möchten bei Krankheit behandelt werden. Gleich-„wertig“ würde allerdings bedeuten, dass sich dies auch stärker in den Löhnen widerspiegelt. Vom Titel kann man sich nichts kaufen.

Was schlagen Sie vor?

Wir müssten das duale Studium sowie berufsbegleitende und weiterbildende Studiengänge stärker ausbauen. Der große Vorteil wäre, dass junge Menschen zu Beginn ihres Berufslebens nicht gleich vor die rigide Wahl zwischen Ausbildung und Studium gestellt werden. Die Nachfrage nach so einer flexiblen Option ist groß. Wir sehen das daran, dass die Zugangsanforderungen für ein duales Studium sehr hoch sind: Bewerber*innen brauchen sehr gute Abiturnoten. Während also der Bewerberpool riesig ist, gibt es leider noch zu wenig Angebote, obwohl eigentlich alle großen Firmen diese Art der Ausbildung anbieten. Kleineren Betrieben fällt es deutlich schwerer, mitzuhalten. Wir brauchen deshalb mehr kooperative Studiengänge, für die sich mehrere Unternehmen gleichzeitig mit einer Hochschule zusammenschließen können. Außerdem müssen wir das bisher nicht gehobene, bereits angesprochene Potenzial an ausbildungssuchenden, -willigen und -fähigen Jugendlichen mehr nutzen. Diese Jugendlichen wollen in die Ausbildung!



Sieht man von Laptop und Leuchtmarkern ab, könnte das auch ein Bild aus dem 19. Jahrhundert sein – Studierende im großen Lesesaal der Wiener Universitätsbibliothek. Im Interview entwirft Heike Solga Visionen davon, wie ein Studium im 21. Jahrhundert auch aussehen könnte: häufiger in Teilzeit, berufsbegleitend, weiterbildend oder mit beruflichen Erfahrungen verzahnt.

(Foto: Peter Wienerroither, picture alliance/imageBROKER)